

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/06 (September bis Oktober 2006)

Bundeswehreininsatz im Nahen Osten

Mitte September beschloss der Bundestag den Einsatz der deutschen Kriegsmarine im Nahen Osten vor der Küste Libanons. 2.400 deutsche Soldaten sollen im Rahmen eines UN-Mandats den Waffenschmuggel der Hisbollah unterbinden. Noch bevor der Beschluss gefasst wurde, kritisierte die CDU heftig die libanesische Regierung, die einen uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr vor ihrer Küste nicht zulassen wollte. Der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier behauptete, der Konflikt im Nahen Osten sei ein „Konflikt vor unserer Haustür“ und der Bundeswehrverband sprach bereits von einem „Endlos-Einsatz (...) von mehreren Jahren“.

Offiziell nehmen insgesamt acht Schiffe der deutschen Kriegsmarine an dem Einsatz teil. Nachdem Ende Oktober israelische Kampfflugzeuge ein weiteres deutsches Schiff überflogen und Schüsse abgegeben hatten, wurde bekannt, dass auch mindestens ein Spionageschiff an diesem Einsatz beteiligt ist, welches nicht der UN zugeordnet ist, sondern nach deutschem Ermessen dort herumkreuzt.

Bereits seit Anfang September sind mehrere Beamte der deutschen Bundespolizei und des Zolls auf dem Flughafen der libanesischen Hauptstadt Beirut stationiert, um den Flugverkehr zu kontrollieren.

(FR 11.09, 14.09, 21.09, 28.10.06, jW 15.09.06)

Weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr

Ende September verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan um ein weiteres Jahr. Zwei Tage später, am 30. September, gab das Kriegsministerium bekannt, dass die Bundeswehr in Afghanistan schon seit längerem nicht nur im Norden des Landes, sondern auch im Süden eingesetzt wird und dort die Kampfhandlungen anderer NATO-Truppen unterstützt.

(FR 29.09.06, jW 02.10.06)

In Kosovo übernahm am 1. September der deutsche General Kather das Oberkommando über die dort stationierten 17.000 Soldaten der imperialistischen KFOR-Truppen. Anlässlich dieser Befehlsübergabe weilt Kriegsminister Jung (CDU) vor Ort und teilte mit, dass die Bundeswehr ihre derzeitige Stärke im Land unvermindert beibehalten wird. Zur Zeit befinden sich 2.900 deutsche Soldaten dort.

(FR 01.09.06)

Ende September tauchte Jung dann in Dschibuti auf und gab bekannt, dass für den Einsatz der Bundeswehr am Horn von Afrika noch kein Ende absehbar sei. Gleichzeitig verhandelte die Bundesregierung mit Jemen und Oman, die nach wie vor der deutschen Kriegsmarine eine Benutzung ihrer Hoheitsgewässer verweigern.

(FR 26.09.06, taz 26.09.06)

Anfang Oktober verlängerte die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr im Süden von Sudan um weitere sechs Monate.

(FR 05.10.06)

Deutsche Konzerne in anderen Ländern

In der Firma Hermosa-Manufacturing in El Salvador, wo der deutsche Konzern Adidas Sportkleidung herstellen lässt, wurden schwan-

gere Frauen, die ihr Soll nicht mehr schafften, eingesperrt. Arbeiterinnen, die Überstunden verweigerten oder sich gewerkschaftlich organisieren wollten, wurden entlassen. Ähnliche Ausbeutungsbedingungen herrschen auch in den Fabriken Chi Fung und Partex, die ebenfalls für Adidas produzieren. Arbeiterinnen von Hermosa kämpfen jetzt für Entschädigungszahlungen durch den Konzern. (FR 12.09.06)

Nachdem in der Türkei der Arbeiter Bedir Alacam einem deutschen Fernsehteam über die schlechten Arbeitsbedingungen in der Firma Daniment in Cerkezköy berichtete, welche für den deutschen Bosch-Siemens Konzern arbeitet, wurde er aufgrund einer Intervention des deutschen Firmenchefs entlassen. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er hätte seinen „Arbeit- und Brotgeber verraten“. In diesem Interview, das auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, wünschte Alacam den Arbeiterinnen und Arbeitern von Bosch-Siemens in Deutschland bei ihrem derzeitigen Arbeitskampf gegen den Konzern viel Erfolg. (jW 24.10.06)

Rede- und Presse„freiheit“

Im Jahre 2005 stieg die Zahl der offiziell überwachten Telefon, Fax- und Internetanschlüsse gegenüber dem Vorjahr um mehr als 45 Prozent auf 42.508. Davon waren allein über 42.000 Anschlüsse für Handys betroffen. Zwischen 1995 und 2004 stieg die Zahl der Telefonüberwachungen um mehr als 500 Prozent. (taz 20.10.06)

Im Ende Oktober veröffentlichten „Pressefreiheitsranking“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ rutschte Deutschland weltweit vom 18. auf den 23. Rang. Die Rangliste wird erstellt aus Meldungen über Zensur, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, sowie Repressalien gegenüber Journalisten. (jW 25.10.06)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

In der Nacht zum 10. September betreten 30 Nazis in Großenhain (Sachsen) einen alternativen Jugendclub, störten die dortige Veranstaltung und beschimpften dort auftretende Künstler. Nachdem die Polizei sie des Hauses verwies, überfielen am frühen Morgen 15 Nazis den Club traten Fenster und Türen ein und bedrohten die Anwesenden. Nur wenige Tage später verbot der Bürgermeister des Ortes dem überfallenen Jugendclub jede weitere Veranstaltung bis zum Jahresende und schränkte gleichzeitig die Öffnungszeiten ein. (FR 27.09.06)

Ein Antifaschist, der auf einer Anti-Nazi-Demo im November letzten Jahres in Düsseldorf angeblich einen Schneeball in Richtung der den Nazi-Aufmarsch schützenden Polizei geworfen hatte, anschließend von einem Polizisten mit dem Schlagstock geprügelt und von mehreren weiteren zu Boden gerissen wurde, stand Ende September vor Gericht. Das Düsseldorfer Landgericht verurteilte ihn wegen des Schneeballwurfes zu 300 Euro Bußgeld. Drei weitere „Schneeballprozesse“ gegen Antifas stehen noch an. (jW 28.09.06)

Das Landgericht Stuttgart verurteilte am 29. September den Inhaber eines Punk-Versandhandels zu 3.600 Euro Geldstrafe wegen „Ver-

breitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“. Gemeint sind damit durchgestrichene Hakenkreuze. Insgesamt zog das Gericht bei dieser Gelegenheit über 16.000 beim Versandhandel beschlagnahmte antifaschistische Materialien ein. (taz 30.09.06)

Verschärfte staatliche Überwachung in Schulen

Laut Kultusministerkonferenz soll zukünftig jede Schülerin und jeder Schüler eine eigene Identifikationsnummer erhalten. Mit Hilfe eines „nationalen Bildungsregisters“, in dem die persongebundenen Nummern angeblich anonym aufgenommen werden, sollen Angaben über nationale Herkunft, soziale Verhältnisse und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zentral erfasst werden. Der Erhebungszeitraum der Daten soll vor Beginn der Einschulung bis hin zum Studium reichen. Auch Wohnorts- und Schulwechsel werden erfasst. Bereits für das Jahr 2007 plant Brandenburg landesweit die Einführung von Schülernummern. (FR 29.09.06, jW 27.10.06)

„Christlicher“ deutscher Chauvinismus im Erziehungswesen

Die hessische CDU-Kultusministerin Wolff hält es für „sinnvoll“ im Biologieunterricht die christliche Schöpfungslehre zu propagieren. Es müsse zulässig sein, die Evolutionstheorie „in Frage zu stellen“. (FR 09.10.06)

In Dietzenbach (Hessen) hat das Stadtparlament beschlossen, dass in den Kindertagesstätten ausschließlich deutsch gesprochen werden soll. Weiterhin soll die deutsche Fahne und der Bundespräsident (als Bild) aufgehängt werden und die christlichen Feiertage müssen zukünftig gefeiert werden. 30 Prozent aller im Ort lebenden Menschen kommen aus anderen Herkunftsländern; in einigen Kindertagesstätten kommen bis zu 80 Prozent der Kinder aus

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Familien, deren Muttersprache nicht deutsch ist. (FR 09.10.06)

Einstellung des Verfahrens gegen Polizisten, der einen Mann aus dem Kongo erschossen hat

Am 14. April 2006 erschoss in Dortmund ein Polizist einen Mann aus dem Kongo aus nur drei Metern Entfernung. Eine der Kugeln traf das Opfer direkt ins Herz. Der Polizist behauptete, der Afrikaner hätte ihn mit einem Messer bedroht und er hätte in Notwehr gehandelt. Ein zweiter Beamter behauptete, der Todesschütze hätte dem Afrikaner allein gegenübergestanden, was jedoch von Zeugen widerlegt wurde. Die Staatsanwaltschaft Dortmund stellte das Verfahren gegen den Todesschützen ein, obwohl noch nicht mal erwiesen war, ob er überhaupt vom Opfer angegriffen wurde. (jW 11.10., 26.10.06)

Einstellung eines Verfahrens gegen Nazi-Mörder

Die Staatsanwaltschaft München stellte Anfang Oktober ein Verfahren gegen den ehemaligen Offizier der deutschen Nazi-Wehrmacht Mühlhauser ein, der am 24. September 1943 an der Ermordung von 3.000 italienischen Gefangenen beteiligt war – obwohl er zugab, Befehle zu Erschiessungen erteilt zu haben, obwohl ihm 13 Ermordungen direkt nachgewiesen werden konnten und obwohl diese Mordaktion selbst nach den Regeln der Wehrmachtsgesetze illegal gewesen war. Die Staatsanwaltschaft verurteilte die Handlung des Mörders als „menschliche Schwäche“ und bezeichnete die italienischen Opfer, die gegen den Nazi-Faschismus kämpften, als „Verräter“. Heftige Empörung löste das Urteil in Italien aus, wo schon seit längerem deutsche Kriegsverbrecher in Abwesenheit zu Haftstrafen verurteilt werden, während die gleichen Kriegsverbrecher in Deutschland ihren Ruhestand genießen, ohne eine Auslieferung befürchten zu müssen. (jW 04.10., FR 11.10.06)

Antisemitismus in Deutschland

Bei einem Fußballspiel zwischen einem Verein, in dem auch jüdische Menschen spielen, gegen einen anderen Berliner Verein, wurden am 26. September lauthals und unablässig antisemitische Parolen gebüllt, wie „Synagogen müssen brennen“, „Vergast die Juden“ und ähnliche. Der Schiedsrichter unterbrach das Spiel nicht. Als ein jüdischer Fußballspieler die Nazis aufforderte den Mund zu halten, gab der Schiedsrichter ihm die gelbe Karte. Ein anderer Spieler, der sich daraufhin beschwerte, flog vom Platz. Daraufhin weigerte sich der betroffene Club weiterzuspielen, so dass das Spiel abgebrochen wurde. (Jungle World 18.10.06)

Bei einem Fußballspiel Ende Oktober zwischen einem Verein aus Berlin und einem aus Dresden riefen ca. tausend Nazis während des gesamten Spiels und auch nach Spielende immer wieder im Sprechchor „Juden Berlin!“ (jW 30.10.06)

In einer Schule in Pary (Sachsen-Anhalt) wurde einem 16-Jährigen von drei Nazis ein antisemitisches Schild mit der Aufschrift „Ich bin am Ort das größte Schwein und lass mich nur mit Juden ein“ um den Hals gehängt. Anschließend wurde er gezwungen damit auf den Schulhof herumzulaufen. (FR 14.10.06)

Mord an einem Obdachlosen

In Frankfurt (Oder) wurde in der Nacht zum 10. September ein 56 Jahre alter Obdachloser von zwei Jugendlichen misshandelt und anschließend ermordet. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. (taz 12.09.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In Magdeburg wurde am 10. September ein Mann aus Benin von vier Nazis rassistisch beleidigt, anschließend geschlagen und mit Füßen getreten. (Jungle World 20.09.06) Am 15. September wurde in Mittenwald (Bayern) ein LKW-Fahrer aus Polen von vier Nazis mit Nazi-Parolen beschimpft. Einer der vier Nazis verletzte ihn anschließend mit Faustschlägen und Fußtritten. (Jungle World 27.09.06) Ein 22-jähriger dunkelhäutiger Deutscher wurde am 24. September in Trier (Rheinland-Pfalz) von zwei Nazis rassistisch beschimpft und durch Messerstiche verletzt. (Jungle World 04.10.06) Am 10. Oktober wurde ein 37-Jähriger aus Kamerun in Berlin-Spandau von zwei Nazis rassistisch beschimpft und mit einer Fahrradkette geschlagen. (Jungle World 18.10.06) In Gerwisch (Sachsen-Anhalt) überfielen am 21. Oktober mehr als 30 verummte Nazis eine Geburtstagsfeier. Sie stürmten das Bürgerhaus, schlugen auf die dort feiernden Kinder und Jugendlichen ein und zerstörten Teile der Einrichtung. (taz 26.10.06)

Offiziell wurden von Januar bis August 2006 bundesweit 8.000 Nazi-Straftaten registriert; 20 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum; knapp 50 Prozent mehr als 2004. Die offizielle Zahl rechter Gewalttaten stieg von 363 im Vorjahreszeitraum auf 452. Insgesamt wurden 325 Menschen durch den Nazi-Terror verletzt. Im selben Zeitraum wurde gegen nur 19 Nazis ein Haftbefehl erlassen. (FR 18.10.06)

Nazi-Wahlerfolge

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Mitte September erreichte die NPD mehr als 7 Prozent der Wählerstimmen. In mehreren Orten des Landes erreichte sie sehr hohe Ergebnisse. So z. B. in Postlow 38,6 Prozent, in Bargischow 31,6 Prozent, in Blesewitz 32,2 Prozent, in Neu Kosenow 31,1 Prozent, in Neuenkirchen 30,1 Prozent, in Wilhelmsburg 27,9 Prozent. Die Anzahl der Nazi-Übergriffe in Mecklenburg-Vorpommern hat sich im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. (taz 18.09., 19.09.06, Jungle World 20.09.06)

Erfolgreicher militanter Angriff gegen Nazi-Terror

Während eines Stadtfestes mit dem Namen „Zwiebelmarkt“ Anfang Oktober in Artern (Thüringen) terrorisierten 20 Nazis die Anwesenden. Nachdem die Nazis einen 21-Jährigen zusammengeschnitten hatten, verwiesen 100 Besucher die Nazis gewaltsam vom Platz. Während drei Nazis noch in eine Polizeiwache flüchten konnten, wurden die anderen durch den Ort gejagt und gefangengenommen. Anschließend mussten sechs Nazis ins Krankenhaus.

Ein „Rechtsextremismus-Experte“ aus Magdeburg hetzte anschließend gegen diesen erfolgreichen Kampf mit den Worten: „Das ist ein Verstoß gegen die Regeln der Auseinandersetzung mit Neonazis“. (taz 04.10.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 16. September blockierten in Bielefeld 700 Antifas einen Aufmarsch von 150 Nazis. Die Nazis mussten ihren Aufmarsch nach 100 Metern beenden. (taz 18.09.06) 500 Antifas kreisten am 23. September den Bahnhof in Göppingen ein, um zu verhindern dass 200 Nazis zu einem Kundgebungsort gelangen konnten. Nur mit Hilfe der Polizei gelang es den Nazis, den Bahnhof zu verlassen. (taz 25.09.06) In Hoyerswerda demonstrierten am selben Tag 400 Antifas in Erinnerung an das Nazi-Pogrom in der Stadt vor 15 Jahren. (jW

25.09.06) 2.000 Antifas protestierten am 3. Oktober in Leipzig gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Die Antifas versuchten durch Sitzblockaden und Barrikaden den Aufmarsch zu stoppen. (taz 04.10.06) Über 1.000 Menschen protestierten am selben Tag in den Orten Kelkheim und Königstein gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis. (FR 04.10.06) Am 14. Oktober verhinderten 3.000 Menschen in Nürnberg einen Aufmarsch von 100 Nazis durch eine sechstündige Blockade. (PB 20.10.06) Am gleichen Tag protestierten in Hamburg ebenfalls 3.000 Menschen gegen 170 Nazis, die dort aufmarschierten, und in Chemnitz demonstrierten 1.200 Menschen gegen Nazi-Läden in der Stadt. (jW 16.10.06) In Göttingen versammelten sich am 28. Oktober 4.000 Menschen, um gegen eine Kundgebung von 220 Nazis zu demonstrieren. (jW 30.10.06)

Massiver Protest von Flüchtlingen

Anfang Oktober protestierten 200 Flüchtlinge im Flüchtlingslager Blankenburg gegen die schlechten Lebensbedingungen und für ein gesünderes Essen. Bereits mehrere Flüchtlinge waren durch die Nahrungsaufnahme erkrankt. Am 4. Oktober wurde das Essen auf den Fußboden geworfen und die Protestierenden demonstrierten durch das Lager. Die Polizei rückte mit 20 Einsatzwagen an und löste den Protest gewaltsam auf. Am nächsten Tag setzten 250 Insassen die Proteste fort. Sie forderten zusätzlich eine bessere Gesundheitsversorgung und die Ablösung der berüchtigten Lagerärztin. Polizei und Lagerleitung versuchten durch Vergünstigungen Flüchtlinge zu bewegen die Führer des Streiks zu verraten. Zugleich erhöhten sie den Druck auf die Flüchtlinge, um sie zum Streikabbruch zu bewegen. Menschen, die in anderen Flüchtlingslagern sitzen, besuchten die Kämpfenden und beteiligten sich an dem Streik. Mitte Oktober verschärfte sich auch die öffentliche Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Streikenden, die angeblich zum Streik gezwungen wurden. Trotz aller Repressalien und Verleumdungen, dauerte der Kampf gegen das Lagerregime auch noch Ende Oktober an. (jW 07.10., 16.10., 19.10.06)

Der Aufstand in Mexiko geht weiter

Der im Mai begonnene Streik von 70.000 Lehrerinnen und Lehrern in Oaxaca, dem sich nach einem gewaltsamen Versuch der Polizei, den Streik aufzulösen, große Teile der Bevölkerung angeschlossen hatten, verschärfte sich im Oktober. Tausende Polizisten hatten die Stadt eingekreist. Die Armee stand mit Panzern bereit; Militärhubschrauber patrouillierten. Immer wieder kam es zu kleineren Schamützeln zwischen den staatlichen Truppen und den Protestierenden mit mehreren Todesopfern auf Seiten der Aufständischen – dieser Zustand hielt über mehrere Wochen an. Trotz des militärischen Aufmarsches beschlossen die Kämpfenden ihren Protest fortzusetzen. Ende Oktober dann griffen 4.000 Polizisten unterstützt von Hubschraubern die Stadt an. Die Menschen versuchten mit Steinwürfen und Benzinbomben den Angriff abzuwehren, mussten sich aber zurückziehen. Die Polizei übernahm vorerst wieder die Kontrolle über Oaxaca. (jW 04.10.06, Jungle World 11.10.06, FR 24.10., 31.10.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), PB (Politische Berichte).